



Künstliche Intelligenz „Made in Europe“

Rat und Europäisches Parlament legen erste Positionen fest

Der Rat "Wettbewerbsfähigkeit" zum Binnenmarkt und Industrie hat am 18.02.2019 seine Schlussfolgerungen zu dem von der Europäischen Kommission mit den Mitgliedstaaten, der Schweiz und Norwegen erarbeiteten koordinierten Plan für die Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz "Made in Europe" (vgl. Wochenbericht Nr. 42-2018 vom 10.12.2018) beschlossen. Zuvor hat der Wettbewerbsfähigkeitsrat das Thema bei seiner Tagung zum Binnenmarkt und Industrie am 27.09.2018 behandelt (vgl. Wochenbericht Nr. 35-2018 vom 15.10.2018).

Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat begrüßt den koordinierten Plan und fordert eine verstärkte Entwicklung, Einführung und Übernahme von Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI) in allen Bereichen der Wirtschaft. Die in den Schlussfolgerungen angeführten Anwendungsbeispiele reichen von Gesundheit über Verkehr bis hin zur Sicherheit. Eine Beschränkung auf eine bestimmte Unternehmensgröße wird nicht geteilt. Vielmehr werden Start-ups, Scale-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen ausdrücklich zur Nutzung der Potentiale von KI aufgefordert. Insgesamt geht es dem Rat um die Erreichung einer weltweiten Vorreiterstellung der EU, wobei im Zusammenhang mit dem koordinierten Plan insb. die im Vergleich zu den USA und China niedrigen und fragmentierten Investitionen als Herausforderung ausgemacht werden.

Nach der Einschätzung des Rates ist ein koordiniertes Vorgehen bei entsprechender Transparenz der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Investitionen und der Umsetzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den jeweiligen Strategien erforderlich, um eine größtmögliche Wirkung der noch zu erhöhenden Investitionen zu erreichen. Eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit sowie die Programme im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) – insb. Digital Europe, InvestEU, Horizont Europa – werden dabei als wichtige Bausteine benannt.

Neben den Mitgliedstaaten sollen alle wirtschaftlichen Akteure zur Erhöhung der Investitionen beitragen.

Neben der finanziellen Dimension befasst sich der Rat auch mit weiteren Voraussetzungen für eine erfolgreiche KI in der EU. Hierzu zählen ein anwendungsorientierter Ansatz bei Forschung und Lehre sowie die Überwindung des Fachkräftemangels. Die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche – beginnend mit der Bildung – den Aufbau und Erhalt von digitalen Kompetenzen ermöglicht, wird dabei besonders hervorgehoben.

Des Weiteren geht es um den Zugang und den Umgang mit mehr sicheren und qualitativ hochwertigen öffentlichen und privaten Daten sowie den Schutz und die Integrität der Daten. Die öffentliche Verwaltung wird im Zusammenhang mit KI-Lösungen und Diensten und deren Bereitstellung für Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen sowie das öffentliche Auftragswesen angeführt. Eine Berücksichtigung der Erfordernisse für den Erfolg von KI soll laut Rat auch bei den Rechtsetzungsverfahren erfolgen.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament hat sich mit einer Entschließung vom 12.02.2019 zur umfassenden europäischen Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik ebenfalls zu diesem Thema positioniert.

Unter der Überschrift „Eine von künstlicher Intelligenz und Robotik unterstützte Gesellschaft“ werden positive wie negative Auswirkungen auf die Arbeitswelt – insb. der erforderliche Anpassungsbedarf – beschrieben. Neben Forderungen zur Umschulung der Arbeitnehmer werden die Bildung sowie die Aus- und Weiterbildung in den Fokus genommen.

Kritisch befasst sich das Parlament mit den Ausprägungen „böswilliger Nutzung künstlicher Intelligenz“ (z.B. Desinformationskampagnen). Daher solle man u. a. problematische

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Tendenzen rund um die Entwicklung von KI erkennen, ermitteln und überwachen. Das solle sich auch in entsprechenden Forschungsaktivitäten ausdrücken.

Das Parlament geht unter der Überschrift „Die technologische Entwicklung hin zu künstlicher Intelligenz und Robotik“ auf Forschung und Entwicklung sowie Investitionen und Innovationen ein. Trotz positiver Einschätzungen zur europäischen Forschungslandschaft werden die Gewinnung und der Verbleib von Spitzenkräften (u. a. aufgrund besserer Verdienstmöglichkeiten) als Herausforderungen identifiziert. Es müssen attraktivere Bedingungen in der EU geschaffen werden. Das Parlament wirbt für stärkere Bemühungen zur Steigerung der Akzeptanz von KI und begrüßt den Einsatz regulatorischer „Sandkästen“. Als unterstützende Voraussetzungen für erfolgreiche KI werden Konnektivität, Datenzugang sowie Hochleistungsrechnen und Cloud-Infrastruktur angeführt.

Unter der Überschrift „Industriepolitik“ geht das Parlament auf vorrangige Wirtschaftszweige ein. Hierzu zählen der öffentliche Sektor, die Gesundheit, Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Lebensmittelkette sowie Cybersicherheit und KMU. Der öffentliche Sektor soll sich als einer der hauptverantwortlichen Nutzer und Käufer von KI-Technologie positionieren. Das Parlament geht außerdem auf das Thema „Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz und Robotik“, ein. Es werden ein „Binnenmarkt für KI“, der Umgang mit Daten sowie Rechte am geistigen Eigentum und Haftungsfragen thematisiert. Die Barrieren für den Einsatz von KI im Binnenmarkt sollten beseitigt und die Grundsätze der integrierten Sicherheit und des integrierten Datenschutzes in die Maßnahmen der Mitgliedstaaten aufgenommen werden.

Im Bereich „Ethische Aspekte“ werden die Begriffe „Menschenzentrierte Technologie“ und „integrierte Ethik“ hervorgehoben. Die Grenzen der Autonomie von künstlicher Intelligenz und Robotik bei der Entscheidungsfindung sowie Transparenz, Verzerrungen und Erklärbarkeit von Algorithmen werden ebenfalls behandelt. Das Parlament spricht sich für Ethikvorschriften aus und wirbt dafür, dass die Ergebnisse der hochrangigen Expertengruppe für KI (High Level Expert Group on Artificial

Intelligence, AI HLEG) breite Anwendung bekommen und bei Bedarf ergänzt werden. Europa solle beim Einsatz ethisch verankerter KI eine weltweite Vorreiterrolle einnehmen. Das Parlament sieht zudem einen Bedarf für Ethiküberwachungs- und -aufsichtsbehörden für KI und einen Ethikrat in Unternehmen. Auskunfts-, Beschwerde- und Entschädigungsrechte von Einzelnen sollen daneben ebenfalls erwachsen können. Zudem fordert es eine Folgenabschätzung und die Schaffung weitreichender Transparenz.

Das Parlament nimmt neben der europäischen auch die internationale Ebene im Zusammenhang mit Fragen der Koordinierung unter der Überschrift „Steuerung“ im Blick. In dem europäischen Teil zur Koordinierung auf EU-Ebene begrüßt es den koordinierten Plan und stellt verschiedene Forderungen. So sollen u.a. bestehende und künftige Initiativen und Pilotprojekte der Kommission im Bereich der KI eng koordiniert werden. Außerdem fordert das Parlament die Einrichtung einer EU-Regulierungsagentur für KI und algorithmische Entscheidungsfindung und beschreibt deren Aufgaben (z.B. Untersuchung mutmaßlicher Fälle von Rechtsverletzungen durch algorithmische Entscheidungssysteme).

Inwieweit diese Erwägungen – insb. im Hinblick auf die Forderung neuer Organisationseinheiten der EU, der Mitgliedstaaten und Unternehmen – aufgegriffen werden, bleibt abzuwarten.

Ausblick

Die Berichte der Gruppe zu Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Arbeitsmärkte der EU und die Ethik-Leitlinien der AI HLEG für eine vertrauenswürdige KI werden im Frühjahr 2019 (voraussichtlich am 09.04.2019) erwartet.

Die AI HLEG hat am 18.12.2018 einen ersten Entwurf dieser Ethik-Leitlinien veröffentlicht. Diese sind in drei Kapitel unterteilt:

- Ethische Zweckbestimmung der KI mit Festlegung von Grundrechten, Grundsätzen und Werten;
- Leitlinien für die Verwirklichung, welche ethische und technische Aspekte behandeln;



- Operatives Fundament mit einer konkreten aber nicht erschöpfenden Prüfliste zur Bewertung vertrauenswürdiger KI.

In dem mit der Veröffentlichung des Entwurfs eingeleiteten Konsultationsverfahren sind bislang laut Kommission mehr als 500 Rückmeldungen eingegangen. Sie werden nun für die Endfassung der Ethik-Leitlinien ausgewertet. Die AI HLEG befasst sich des Weiteren mit Politik- und Investitionsempfehlungen, die Wege zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit bei KI aufzeigen sollen. Darin soll es u.a. um Hilfestellungen für eine strategische Forschungsagenda und die Gründung eines Netzwerks von KI-Exzellenzzentren gehen.

Die Gesetzgebungsverfahren zu den o.g. Programmen der EU im nächsten MFR schreiten voran. Zum Programm Digitales Europa (COM(2018) 434 final) erfolgte bereits am 14.02.2019 eine (vorläufige) Einigung im entsprechenden Trilog. Trotz einiger Unterschiede in der Verortung von KI innerhalb des Programms und der konkreten Ausgestaltung sind bisher im Hinblick auf die Bedeutung der KI keine entgegengesetzten Positionen der Institutionen erkennbar.

Der Rat hat am 21.02.2019 seinen Standpunkt zu InvestEU beschlossen. Der entsprechende Verordnungsvorschlag zur Aufstellung des Programms „InvestEU“ (COM(2018) 439 final) sieht künstliche Intelligenz als Teil des förderfähigen Bereichs einer Entwicklung und Verbreitung digitaler Technologien und Dienste (vgl. Anhang II). Obwohl Parlament (Beschluss des Plenums am 16.01.2019) und Rat u. a. eine ausdrückliche Verknüpfung mit dem Programm „Digitales Europa“ fordern, stellen beide Institutionen die grundsätzliche Bedeutung der KI auch bei den jeweiligen Standpunkten zu InvestEU nicht in Frage.

Bereits am 30.11.2018 hat der Rat die Standpunkte zum Verordnungsvorschlag zum Programm Horizont Europa (COM(2018) 435 final) verabschiedet, was die Aufnahme der Verhandlungen im Trilog am 09.01.2019 ermöglichte. Das Plenum des Parlaments hatte seine Texte zuvor am 12.12.2018 angenommen. Ein entsprechender Beschluss

des Rates zum spezifischen Programm zur Durchführung von Horizont Europa (COM(2018) 436 final) könnte nach der Befassung des Wettbewerbsfähigkeitsrates zur Forschung am 19.02.2019 in Kürze folgen. Ein entsprechender Entwurf vom 25.02.2019 wurde vom Rat veröffentlicht. Bis zur Verabschiedung dürfte es noch Anpassungen geben. Das spezifische Programm lässt sowohl in den Clustern „Gesundheit“ und „Digitalisierung und Industrie [und Weltraum]“ als auch dem Cluster zu „Mobilität“ – unabhängig von der konkreten Verortung in der Endfassung – verschiedene Potentiale für KI erkennen.

Ob und in welchem Umfang die Verhandlungen noch vor den Europawahlen geführt sowie ggf. abgeschlossen und im Plenum bestätigt werden, ist bislang offen.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Weiterführende Informationen:

Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit",
18./19.02.2019:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/comp/2019/02/18-19/>

PM des Rates zu seinen Schlussfolgerungen
zu dem koordinierten Plan für die Entwicklung
und Nutzung künstlicher Intelligenz "Made in
Europe"

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/02/18/european-coordinated-plan-on-artificial-intelligence/>

Schlussfolgerungen des Rates zu dem
koordinierten Plan für die Entwicklung und
Nutzung künstlicher Intelligenz "Made in
Europe"

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6177-2019-INIT/de/pdf>

Berichtsentwurf der AI HLEG (u.a. mit
Zusammenfassung in deutscher Sprache)

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/draft-ethics-guidelines-trustworthy-ai>

PM der KOM zu den Rückmeldungen auf den
Berichtsentwurf der AI HLEG

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/over-500-comments-received-draft-ethical-guidelines-trustworthy-artificial-intelligence>

Entschließung des EP vom 12.02.2019 zur
umfassenden europäischen Industriepolitik in
Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2019-0081+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

[PM der KOM zur \(vorläufigen\) Einigung im
Trilog bzgl. des Programms Digitales Europa](#)

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/commission-welcomes-agreement-digital-europe-programme-2021-2027>

PM des Rates zur Festlegung der Standpunkte
bzgl. des Programms InvestEU

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/02/21/investeu-council-agrees-its-position-on-an-improved-instrument-to-support-investment-growth-and-jobs-in-the-eu/>

PM des EP zum Beschluss des Plenums bzgl.
des Programms InvestEU

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20190109IPR23009/investeu-meps-support-new-programme-to-boost-financing-for-jobs-and-growth>

PM des Rates zur Festlegung der Standpunkte
bzgl. des Programms Horizont Europa

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/30/council-agrees-its-position-on-new-framework-for-eu-research-and-innovation-into-the-next-decade/>

Entwurf einer Entscheidung des Rates zum
Spezifischen Programm zur Durchführung von
Horizont Europa

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6797-2019-INIT/en/pdf>

PM des EP zum Programm Horizont Europa
(einschließlich des Spezifischen Programms
zur Durchführung von Horizont Europa)

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20181212IPR21609/meps-ask-for-a-stronger-and-fairer-european-research>